

# **DIE LINKE. Sachsen**

## **Landesvorstand**

### **Niederschrift der Klausur des Landesvorstandes vom 12./13. Juni 2015**

Ort: InterCityHotel Dresden

#### **Anwesende Mitglieder:**

**12.06.2015:** Fabian Blunck, Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, Claudia Jobst, Heiko Kosel, Tilman Loos, Verena Meiwald, Sabine Pester, Heinz Pingel, Kevin Reißig, Heiko Rosenthal, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

**13.06.2015:** Fabian Blunck, Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, René Jalaß, Claudia Jobst, Silvio Lang, Tilman Loos, Verena Meiwald, Sabine Pester, Heinz Pingel, Kevin Reißig, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

#### **Entschuldigte / fehlende Mitglieder:**

**12.06.2015:** René Jalaß, Juliana Zybul, Susanna Karawanskij, Efstathios Soudias, Silvio Lang

**13.06.2015:** Juliana Zybul, Susanna Karawanskij, Heiko Kosel, Heiko Rosenthal, Efstathios Soudias

#### **Gäste:**

Thomas Dudzak (Mitarbeiter WahlFabrik)

#### **Erstellung der Niederschrift:**

Juliana Schielke, Robert Wünsche

#### **Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:**

##### Unterlagen:

- Tagesordnung
- DS 4 – 305 Vorschlag Tagesordnung 12. LPT
- DS 4 – 306 Vorschlag Zeitplan 12. LPT
- DS 4 – 307 Vorschlag Arbeitsgremien 12. LPT
- DS 4 – 308 Vorschlag Geschäftsordnung 12. LPT
- DS 4 – 309 Delegiertenmandate BPT 2016 /2017
- DS 4 – 310 Delegiertenmandate LandesseniorInnenkonferenz 2016/2017
- DS 4 – 311 org. Auswertung Unterstützung BürgermeisterInnen- und Landratswahlen 2015
- DS 4 – 312 Aufstellung der gemeinsamen Kosten 1. Quartal
- DS 4 – 313 Erklärung Landratswahlen
- DS 4 – 314 Leitantrag Landesparteitag Strategie
- DS 4 – 315 Satzungsänderung Einladung Landesjugendtag
- DS 4 – 316 Satzungsänderung Anerkennung LwZ
- DS 4 – 317 Satzungsänderung Frist Delegiertenschlüssel LPT
- DS 4 – 318 Satzungsänderung Fristharmonisierung
- DS 4 – 319 Satzungsänderung MGE Personalfragen
- DS 4 – 320 Satzungsänderung Vertretungsregelung LaRa
- DS 4 – 321 Satzungsänderung Fraktionssitzung
- DS 4 – 322 Satzungsänderung Struktur Gliederung KV
- DS 4 – 323 Satzungsänderung WahlbewerberInnen Gemeinden
- DS 4 – 324 Satzungsänderung Ortsverbände
- DS 4 – 325 Satzungsänderung Mandatszeitbegrenzung

- DS 4 – 326 Zwischenbericht Satzungskommission
- DS 4 – 327 Debatte gemeinsame Beratungen
- DS 4 – 328 Bericht Pfingstcamp
- DS 4 – 329 Stellenbesetzung IT/EDV
- Finanzbeirat – Bemerkungen zu Ergebnissen 2014
- KV Bautzen – Politik für die Sorbische Minderheit in Sachsen weiterentwickeln

Umlaufmappe:

- „Mitteilungsblatt“ 05/2015 SV Leipzig
- „Linker Blick / Der Vogtlandbote“ 05 & 06/2015 KV Zwickau & KV Vogtland
- „Der klare Blick“ Mai 2015 SV Chemnitz
- „Mittelsächsische Linksworte“ Nr. 93 KV Mittelsachsen
- „DIE LINKE im Erzgebirgskreis“ Mai 2015 KV Erzgebirge
- „Lausitzer Linksdruck“ April – Juni 2015 KV Bautzen
- „Links der Elbe“ Mai 2015
- „DIE LINKE im Elbland“ Mai & Juni 2015 KV Meißen
- „LiLi“ 05/2015 OV Limbach
- „Löwenzahn“ 02/2015 Stadtratsfraktion DIE LINKE Leipzig
- „Landesinfo Baden-Württemberg“ Mai 2015
- „ISOR aktuell“ 05/2015
- Offener Brief Büro für Kunst und architektonische Anwendungen – Bedingte Grundeinkommen für gesellschaftl. Engagement
- „DISPUT“ Mai 2015
- „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ 5 & 6/2015

**Tagesordnung:**

	<b>Tagesordnungspunkt</b>	<b>DS-Nr.</b>
1.	Vorbereitung gemeinsame Beratung mit Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 20. Juni 2014 und die weitere Diskussion im Anschluss an die Beratung zur zukünftigen Finanzierung der politischen Arbeit in den Kreisen und dem Landesverband	DS 4 – 302 DS 4 – 303 – 1,2,3,4 DS 4 – 304 DS 4 – 312 detaillierte Ein- und Ausgaben-übersicht
2.	Auswertung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen und Schlussfolgerungen im Rahmen der Strategiedebatte im Landesverband <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahlbündnisse</li> <li>- Wahlkampf in der Fläche</li> </ul>	DS 4 – 311 DS 4 – 313 Übersicht Ergebnisse BM- & LR-Wahlen
3.	Vorbereitung des Landesparteitages: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Diskussion &amp; Beschlussfassung des Entwurfes des Leitantrages resultierend aus der „Linken Woche der Zukunft“ und der Strategiekonferenz am 9.5.2015</li> <li>2. Vorschlag für die Strukturierung der Debatte bis zum Landesparteitag</li> <li>3. Diskussion &amp; Beschlussfassung zu Satzungsänderungsanträgen an den Landesparteitages</li> <li>4. Diskussion &amp; Beschlussfassung zu Tagesordnung, Zeitplan, Arbeitsgremien und Geschäftsordnung des Landesparteitages</li> </ol>	DS 4 - 314  DS 4 – 315 bis 325/326/ 327 DS 4 – 305/306/307/308
4.	Beschlussfassung der Delegiertenschlüssel für die Bundesparteitage und die LandesseniorInnenkonferenz 2016/2017	DS 4 – 309 DS 4 – 310
5.	Diskussion zur regelmäßigen Teilnahme von Landesvorstandsmitgliedern an den Sitzungen und zur Rolle und Sinn des Landesvorstandes	
6.	gemeinsame Vorbereitung für den nächsten Beratungstag und Aufgabenverteilung	
7.	Puffer für die Fortsetzung von Tagesordnungspunkten bzw. Raum für weitere Diskussionen auf Vorschlag der Vorstandsmitglieder	DS 4 - 328

**TOP 1 – Vorbereitung gemeinsame Beratung mit Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand am 20. Juni 2014 und die weitere Diskussion im Anschluss an die Beratung zur zukünftigen Finanzierung der politischen Arbeit in den Kreisen und dem Landesverband**

*(DS 4 – 302 / DS 4 – 303 – 1,2,3,4 / DS 4 – 304/ DS 4 – 312 / Ein- & Ausgabenübersicht)*

Heinz Pingel:

- Ende Januar gab es eine Vorlage für den Finanzplan, der ausgeglichen war
- allerdings sind mehrere Personen zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht erreichbar ist
- der Vorschlag, dies aus den Rücklagen zu nehmen, ist nicht angenommen worden
- es hat sich eine Arbeitsgruppe zusammen gefunden, mit der Arbeitsgrundlage einer detaillierten Finanzübersicht für die einzelnen Monate 2015
- die AG ist zu der Feststellung gekommen, dass eine Einsparung in der Größenordnung nicht möglich ist
- es gibt eine neue Gliederung, in der mit einem noch größeren Defizit gerechnet wird
- die Zahlen der beiden Pläne stimmen im Grunde überein; die Differenz ist die gleiche
- in diesem Jahr haben wir keine realistische Alternative, mit den Einnahmen die Ausgaben zu decken; deshalb müssen wir die Differenz aus den Rücklagen nehmen
- es ist nicht wahr, dass die Ergebnisse zeigen, dass keine andere Verteilung möglich ist

aus der Diskussion:

- der Jugendverband hat ein eigenes Budget, aber es taucht in den einzelnen Posten mit auf, nicht explizit als Jugendbudget
- der Jahresabschluss ist seit dieser Woche fertig; demnach hat der Landesvorstand für 2014 ein Defizit von 28.000 Euro; die Kreisverbände haben ein Defizit von 212.900 Euro
- es gibt eine Information des Finanzbeirates zu den Ergebnissen 2014
- es wird immer wieder dazu aufgefordert, dass der Landesvorstand sparen soll; aber es wird nicht aufgeführt, wie zukünftig Geld eingespart werden kann; das löst unsere Probleme nicht
- wir müssen einen Plan entwickeln, wie wir mit den Kreisverbänden dazu diskutieren; die Kreisverbände sind zunehmend auf die Abgeordneten angewiesen
- Sind die geplanten Einnahmen bis Jahresende realistisch zu erreichen? → wir werden voraussichtlich mehr als im Plan einnehmen
- wir dürfen nicht warten, bis wir irgendwo zahlungsunfähig sind; es geht nicht, dass uns keine Mittel für politische Arbeit mehr zur Verfügung stehen, weil wir Geschäftsstellen zu finanzieren haben
- die Kreisverbände müssen mit ihren Finanzen auch ehrlich umgehen – 2014 nicht repräsentativ
- die meisten Kreisverbände planen dieses Jahr für Bürgermeister- und Landratswahlen keine Rücklagen zu belasten
- es ist sachlich falsch, dass die Kreisverbände im nächsten Jahr nicht mehr ordentlich wirtschaften können
- Wie soll es gehen, dass die Landesgeschäftsstelle 15.000 Euro im Geschäftsbetrieb einsparen?
- wir sollten deutlich machen, was der Plan für Konsequenzen hat
- wir sollten aber auch klar machen, wo Einsparungspotenziale möglich sind; wir müssen auch mehr Spenden akquirieren
- wir sollten das Problem noch einmal auf einem Landesparteitag diskutieren
- die 15.000 Euro Einsparungen können folgendermaßen zustande kommen: weniger Touren/Veranstaltungsmaterial, weniger Reparaturen, weniger Anschaffungen, Abgabe des Archivs
- wir müssen professioneller Geld abfragen
- der Geldeinsatz muss effizienter werden, z.B. auch bei den Kleinzeitungen
- es besteht der Wunsch, eine ausführliche Debatte zu führen, aber die Bereitschaft zur Mitarbeit ist sehr gering; die Bereitschaft zur Debatte müssen wir immer wieder einfordern; wir müssen auch über den eigenen Tellerrand schauen
- wir würden derzeit 2019 keinen Wahlkampf auf dem Niveau von 2014 durchführen können
- für die Bitte zur solidarischen Erhöhung der MandatsträgerInnenbeiträge gab es einige Kritik aus der Fraktion
- die MandatsträgerInnenbeiträge in Thüringen betragen auch 15 %
- wir wollen ein deutliches Signal gegenüber der Abgeordneten senden, indem wir mit ihrem Geld den Wahlkampffonds auffüllen

- wenn wir Finanzen im Wahlkampf vergemeinschaften, können wir einen Grundstock an Materialien für alle KandidatInnen sicherstellen
- wir hatten 2014 massive Ausfälle an MandatsträgerInnenbeiträge, ca. 6.000 Euro; darüber wird nicht gesprochen
- es kommt auch die Frage, ob diejenigen, die Kinder haben, eine Entlastung bekommen; das muss diskutiert werden
- wir sollten transparent machen, wie viel Gelder der Landesvorstand hat und ausgibt (am besten in einer Präsentation)
- es wäre sinnvoll, über die reale Situation der Partei zu sprechen; es gab da z.B. den Vergleich zwischen den Landesverbänden, dass wir die geringste Personalquote haben; hier sollten sich die Leute ein wenig an der Realität orientieren
- der Finanzrückgang ist ein Grundsatzproblem der Partei und nicht nur ein sächsisches Phänomen
- in Thüringen ist die Partei nicht handlungsunfähig und dort bekommen die Kreisverbände nur 25 % der Einnahmen
- wir müssen den Kreisverbänden auch Dinge in Rechnung stellen
- Unterkunft und Fahrtkosten könnten auch von den Kreisverbänden finanziert werden
- der Landesrat hat bis einschließlich April bereits 80 % der Kosten verursacht wie im gesamten letzten Jahr
- der Landesvorstand muss den Plan einreichen; Heinz schlägt vor, seinen Plan so einzureichen
- das Papier der AG Finanzen sollte ohne Drucksachenummer eingereicht werden; es dient als Diskussionsgrundlage
- kein „Nachtrag“, sondern eine „Überarbeitung“

**Abstimmungsergebnis zu DS 4 – 303 – 1 und 2 (3 und 4 sind nur Information):**

Einvernehmlich beschlossen.

***DS 3 – 304:***

- in Punkt 1: „ab August“ einfügen
- in Punkt 3: „ausschließlich“ einfügen
- neuer Punkt 4: den Abgeordneten die allgemeine Finanzsituation erläutern

**Abstimmungsergebnis Punkt 1:**

Dafür: 11      Dagegen: 1      Enthaltungen: 3      → mehrheitlich beschlossen

**Abstimmungsergebnis Punkt 2 bis 4:**

Bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

**TOP 2 – Auswertung der Landrats- und Bürgermeisterwahlen und Schlussfolgerungen im Rahmen der Strategiedebatte im Landesverband (Wahlbündnisse, Wahlkampf in der Fläche)  
(DS 4 – 311 / DS 4 – 313 / Ergebnisübersicht MS- & LR Wahlen)**

Rico Gebhardt:

- wir hätten uns bei einigen Landratswahlen gewünscht, in den zweiten Wahlgang zu kommen
- wir können das Zustandekommen der Bündnisse als Erfolg einschätzen; wir hatten im Vorfeld die Sorge, in den Bündnissen eine kleinere Rolle zu spielen; das ist nicht passiert
- der Bündniskandidat von LINKEN und GRÜNEN in Nordsachsen hatte ein schlechteres Wahlergebnis als der Kandidat der SPD
- in Zwickau und im Vogtland gab es keine Unterstützung der anderen Parteien, aber auch keine eigenen KandidatInnen anderer Parteien
- im Vergleich zu den Wahlen 2008 haben wir mit den BündniskandidatInnen kein besseres Ergebnis erzielen können
- die anderen Parteien schätzen die Entstehung der Bündnisse ähnlich ein wie wir
- die CDU hat es nicht geschafft, in den Bürgermeisterwahlen größere Städte zurückzuerobern
- wir haben noch Chancen in Löbnitz, Leisnig, Böhlen, Bautzen, Borna und Flöha
- die CDU hat in Dresden bundesweit die letzte Stadt mit über 500.000 Einwohnern verloren
- in Dresden ist die Kraft rechts neben der CDU genauso stark wie die CDU selbst

- einige Ergebnisse sind sehr bedenklich: wir lagen auch 2 Mal hinter den AfD-KandidatInnen; die NPD hat mit ihrem Kandidaten in der Sächsischen Schweiz über 10 % bekommen

#### Antje Feiks:

- wir müssen auch kritisch auf die Ergebnisse gucken; wir dürfen nicht selbstzufrieden sein
- es macht vielleicht bei Landratswahlen mehr Sinn, wenn jede Partei im ersten Wahlgang eine/n eigene/n KandidatInnen ins Rennen schickt, die für gemeinsame Themen werben
- das Niveau der Arbeit der Kreistagsfraktionen ist sehr unterschiedlich; einige Fraktionen können nicht sagen, was die gravierenden Probleme im Kreis sind
- wir brauchen im ländlichen Raum Menschen, die Gespräche führen können und auch zu Initiativen gehen
- in Lugau hatten wir mit unserem Kandidaten 87,1 %

#### aus der Diskussion:

- in Frankenberg (KV Mittelsachsen) hat unser Kandidat 41,8 % bekommen, da wir dort gegen eine Krankenhaus-Privatisierung gekämpft haben; Wahlbeteiligung allerdings nur 26 %
- in Gegenden mit hoher Wahlbeteiligung war die CDU stärker
- in Dresden überraschend, dass die Anti-Establishment-Kandidat/innen (AfD und Pegida) für den zweiten Wahlgang zurückgezogen haben
  - von CDU und AfD wird es keine offizielle Unterstützung für ‚offiziell-unabhängig-aber-FDP-Hilbert‘ geben
  - die SPD Dresden hatte organisatorische Schwächen; an der SPD sieht man auch, was passiert, wenn eine Partei unter personellen Ressourcen-Mangel leidet
- für Wahleinschätzungen gibt es zwei Versionen: ‚die für die Presse, 30 Minuten nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses‘ sowie ‚eine Wahleinschätzung zur innerparteilichen Analyse‘
- Phänomen: Wieso gehen CDU-KandidatInnen in Gemeinden teilweise im ersten Wahlgang mit über 50% durch, während die CDU in den Städten sehr stark verliert
- wenn (linke) Parteien gemeinsam Wahlkampf machen, baut dies auch Hemmnisse und Vorurteile ab
- in Meißen turbulente Veränderungen während des Wahlkampfes
- wo es BündniskandidatInnen gab, konnte dem Rückgang der Wahlbeteiligung stärker entgegen gewirkt werden; wenn SPD/Grüne keine/n eigene/n KandidatIn aufgestellt bekommen, sollte dennoch eine Bündnis-Unterstützung von SPD/Grüne für DIE LINKE erwirkt werden
  - Widerspruch mit Beispielen in KV Görlitz, Westsachsen und Erzgebirge
  - Bündnisse haben keinen wesentlichen Effekt auf ein positiveres Wahlergebnis
- wenn es in SOE mehr Zeit gegeben hätte, hätte man mehr Aktivität erzeugen können
- dort wo es eine Aussicht auf Wahlerfolg gibt, ist das häufig auch eine falsche Wahrnehmung durch die Parteibrille
- menschenfeindlicher / rassistischer Teil der Bevölkerung in Sachsen so weit, dass für viele Leute alle Tabus gefallen sind
  - die Gegenmaßnahme sollte ‚Klare Kante‘ sein
  - wenn man rechte Positionen übernimmt, wählen uns keine rechtslastigen BürgerInnen (die wählen das Original), und die weltoffenen WählerInnen wenden sich ab
- Änderungsvorschläge: Seite 2 „Stimmungslage im Vergleich zu 2008“; Kars-Absatz streichen
- Wahlbeteiligung ist stark abhängig von der Wahlgewichtigkeit
- Dank an unsere KandidatInnen, die sich kräftig engagiert haben
- mit den KVs sollte geklärt werden, was (vor der Bevölkerung) glaubwürdige KandidatInnen sind; auch wenn es fabelhafte GenossInnen sind
  - auch geeignete Personen (z.B. Verwaltungsbeamter) haben nicht zwangsläufig bessere Wahlergebnisse
  - Wir brauchen KandidatInnen, die glaubhaft machen können, dass sie ‚regieren‘ wollen
- Wahlkampf ist (im positiven und negativen Sinne) sehr stamtmischlastig
- Frage: ‚im Wahlkampf zu allen Veranstaltungen gehen‘ vs. ‚nur zu Veranstaltungen gehen, wo wir eingeladen werden‘
- die Berichterstattung im KV-Görlitz war objektiv wohlwollend
- die Landräte haben vom Asylthema keinen Schaden abbekommen; die BürgermeisterInnen mussten dafür teilweise Prügel einstecken; der Bürger scheint hier nicht zwischen den verschiedenen Ebenen zu unterscheiden

- man kann feststellen, dass wir unsere WählerInnen mobilisieren können
- der Amtsbonus hat der CDU nicht überall geholfen
- Änderungsvorschläge Seite 3 Absatz 3 „~~Daraus~~ *Deshalb* sollten wir bei der nächsten Wahl ~~unsere Konsequenzen ziehen und~~ stärker Möglichkeiten in Betracht ziehen, unter denen die möglichen BündnispartnerInnen ihre Potentiale stärker ausschöpfen können. Dabei ~~muss~~ *sollte auch* diskutiert werden, ob nicht auch mit mehreren KandidatInnen im ersten Wahlgang ein Bündnisgedanke vertreten werden kann, der dann im zweiten Wahlgang zum Tragen kommt → übernommen
- Wie ist die linke Position zu „Wer wählt den/die BürgermeisterIn?“? Direktwahl oder repräsentative Vertretungen
- Änderungsvorschlag: Seite 4, Einfügung nach „...zum Tragen kommen.“ „*Wenn sie das nicht können, sollten wir die anderen Parteien auffordern, unsere KandidatIn zu unterstützen.*“
- Wahlbeteiligung ist beeinflusst durch die (Nicht-)Zusammenlegung von verschiedenen Wahlen (Landrat, Bürgermeister)
- ein Hegemonie-Paragraf sollte nicht ins Papier geschrieben werden, da es ein Hindernis für Verhandlungen vor Ort bedeutet
- Änderungsvorschlag: Im Beschlusstext: „Der LaVo wünscht den KandidatInnen viel Erfolg, die im zweiten Wahlgang in ... antreten.“ → übernommen

#### **Abstimmungsergebnis mit den gemachten Änderungen:**

Bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

#### **eingeschobener TOP – Besetzung der EDV-Stelle**

- Tino Wehner stellt sich vor

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

#### **TOP 3 – Vorbereitung des Landesparteitages:**

##### ***Diskussion & Beschlussfassung des Entwurfes des Leitantrages resultierend aus der „Linken Woche der Zukunft“ und der Strategiekonferenz am 9.5.2015 (DS 4 – 314)***

##### Antje Feiks:

- sollte bereits Ende Mai vorliegen, hat sich wegen der Wahlen allerdings verschoben
- die Verantwortlichen hatten sich in die Themen eingeteilt
- bis September haben wir noch einige Zeit, dies zu diskutieren

##### Stefan Hartmann:

- wir hatten eine ausführliche Debatte im Vorfeld; dazu gab es zahlreiche Zuschriften, die in den Entwurf eingeflossen sind
- die Bundeskampagne richtet sich an die Sorgen und Nöte bestimmter Prekarisierungsschichten; wir müssen uns daran ausrichten, ohne zu sagen, dass diese die einzigen Menschen sind, die uns wählen
- in den Papieren von Gebhardt/Scheel und in dem von Troost gibt es ein Fortschrittdenken; ein weniger an Ressourcegebrauch und Energieverbrauch hin zu einer größeren Effizienz
- wir haben in unserem Landesverband eine wahrnehmbare Auseinandersetzung, was richtig ist
- es gibt den Vorwurf, dass der Landesvorstand das Erfurter Programm verlassen hat; das müssen wir ernst nehmen
- wir haben zwei Säulen: Partei des Friedens und Partei der sozialen Frage
- wir dürfen keine beliebigen Marker zur SPD aufmachen, sondern diese, die im Programm stehen
- in den Grundlagen ist die Kampagne und das Manifest der Parteivorsitzenden enthalten
- wichtiger Punkt zu Ostkompetenz; wir dürfen das nicht aufgeben
- es gibt eine klare Schwächung unserer Partei im ländlichen Raum

##### Kevin Reißig:

- hat für das Gesellschaftskapitel die vorherigen Debattenbeiträge mit einbezogen
- ein Teil zum schwarzen Block der CDU und ein Teil zu den Legitimationsproblemen der Demokratie

#### Cornelia Falken:

- wir können eine Veränderung in der Gesellschaft nur in Partnerschaften erreichen
- wir müssen Kontakte ausbauen und intensivieren

#### Rico Gebhardt:

- das Papier ist ein guter Einstieg
- es gibt das Bedürfnis, selbstverständliche Dinge immer wieder zu wiederholen; das können wir mit diesem Papier tun
- in Punkt 2 Parteebene mit gesellschaftlicher Ebene verknüpft
- hat bereits verkündet, dass wir uns auf dem Landesparteitag mit dem ländlichen Raum beschäftigen wollen
- wir kommen nicht drum herum zu fragen, ob es möglich ist, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern haben
- wir haben eine Schwäche in der eigenen Wahrnehmung unserer Beteiligung an Initiativen
- es fehlt eine Schlusspointe; hier sollten wir den Mut aufbringen, 10 Thesen aufzustellen, was unsere Gesellschaft ausmacht

#### aus der Diskussion:

- es gab die Erwartung, dass wir mit dem Leitantrag eine Art Fahrplan für den neuen Landesvorstand vorlegen; diese ist nicht erfüllt
- wir sollten damit dem Landesparteitag konkrete Projekte vorschlagen, die in den nächsten 2 Jahren bearbeitet werden sollen
- die Länge weckt die Erwartung, dass alles benannt ist; allerdings fehlt noch einiges; sollte mit konkreten Projekten unteretzt werden
- es ist eher schwierig, dass wir uns immer wiederholen
- uns fehlt es an konkreten Umsetzungsideen; wir sollten den Mut haben, konkrete Projekte aufzuschreiben
- im Dialog für Sachsen sind konkrete Projekte entstanden, die von den Kreisverbänden genutzt werden konnten
- wir müssen wohl mehr aufzeigen, wie schlecht es der Partei geht
- das Papier muss noch gegendert werden
- das Papier ist zu lang; es sollte gekürzt und konkretisiert werden
- wir sollten die AdressatInnenfrage klären; an wen richtet sich das Papier
- es gab den Auftrag, ein Strategiepapier zu schreiben; wir sollten jetzt grundsätzlich werden und klären, was wir wollen; danach können wir konkret in die Projekte gehen
- Wie bringen wir unsere Positionen mehr in die Gewerkschaften ein?; Was machen wir bei konträren Positionen?
- der Auftrag des Papiers ist erfüllt, aber wir als Landesvorstand sollten dem Landesparteitag ein Papier vorlegen, was konkret gemacht werden kann
- wir sind mit einem sinkenden Frauenanteil konfrontiert und es wird zunehmend schwieriger, Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen
- es soll einen Änderungsantrag zu Gleichstellung geben
- die vielen Zitate sind eine Herausforderung, weil diese nicht per Änderungsantrag geändert werden können
- Wo wollen wir hin und wie wollen wir da hin? – Straffung des Papiers notwendig
- kritische Solidarität mit den Gewerkschaften
- Frage der Volkspartei; viele Menschen sind gegen Militäreinsätze, für gute Bezahlung der Pflegeberufe usw. – Warum kriegen wir diese vielen Menschen nicht?
- die Rolle von Biedenkopf und der CDU
- die Zitate sind ziemlich gut und sinnvoll
- Zuspitzung unser aller Probleme – die der Landes- und der Bundespartei
- wir haben viele GenossInnen gebeten, uns ihre Meinung zu sagen; jetzt müssen wir das alles auch einfließen lassen
- das Papier ist die Strategie des Landesverbandes; wir können in das Papier keine Durchführungsbestimmungen hinein beschließen

- Errungenschaften aus dem feministischen Bereich, die bereits da sind, werden öffentlich, z.B. durch die AfD angegriffen – das ist nicht nur eine Frage des ländlichen Raums, sondern eine grundsätzliche Frage
- entweder wir geben jetzt einen Fahrplan vor oder wir lassen den Parteitag einen Plan für die nächsten 4 Jahre entscheiden
- wir waren mit den letzten Wahlergebnissen nicht zufrieden und müssen da ansetzen
- Wie kann man linke Politik unter den derzeitigen Bedingungen im ländlichen Raum gestalten?
- die Probleme im ländlichen Raum sind grundlegend andere; wir müssen hier an einem ganz anderen Punkt anfangen zu diskutieren, um eine gemeinsame Ebene herzustellen
- es ist gelobt worden, dass unsere Landtagsfraktion bei dem Thema Diäten standhaft geblieben ist
- auch in den Städten werden einige Themen nicht diskutiert; das sind nicht nur die Probleme des ländlichen Raums; auch in einigen Ortsteilen der Großstädte findet keine Gesellschaft in unserer Partei mehr statt
- Welche Themen setzen wir und was ist unsere grundsätzliche Haltung?
- wir sagen, dass wir eine feministische Partei sind, aber wir kommen hier auch an unsere Grenzen
- wir sollten nicht nur über Dissense reden – das ist nicht gut, denn für das Grundsätzliche sollte das Gemeinsame auch immer wieder betonen
- wir dürfen nicht immer sagen, was wir nicht können, sondern müssen betonen, was wir gemeinsam können
- der ländliche Raum sollte separat im Papier stehen; wir müssen darüber nachdenken, wie wir hier strukturell was leisten können
- es sollte einen Änderungsantrag zum Freiheitsgedanken als roten Faden geben
- wir brauchen eigentlich 13 verschiedene Strategiepapiere, weil sie sich mit völlig anderen Themen beschäftigen
- wir tun gut daran, nicht so zu tun, als hätten wir Antworten in der Tasche
- es wird ein Landesforum zum ländlichen Raum und eines zu Prekarisierung vorgeschlagen
- Z. 104 bis 121 sollten gestrichen werden
- alle Zitate sollten so formuliert sein, dass sie änderbar sind

#### Festlegungen:

- Claudia gendert den gesamten Text
- Änderungsantrag zum Freiheitsgedanken: Thomas und Stefan
- Änderungsantrag zu Geschlechtergerechtigkeit: Claudia, Sarah und Pia
- Änderungsantrag zu „Für wen ist das Papier gedacht?“: (Einleitung) Antje und Stefan
- im Kasten Alternativen A, B und C (Stefan)
- Z. 104 – 121 streichen: einvernehmlich
- Zitate: Beschlusslagen sind unveränderbar; Impulse können verändert werden
- Änderungsantrag für 2 Landesforen (Prekarität und ländlicher Raum): wir könnten die Fraktion bitten, dazu Veranstaltungen zu machen; es sollte thematische Landesparteitage dazu geben; wir sollten als Partei in der Kommunalpolitik auch die Hoheit zurückholen → Fabian, Jayne-Ann und Antje machen Vorschläge, wie diese beiden Themen angemessen diskutiert werden können
- Streichung Z. 443 – 444: 5/4/6
- einige redaktionelle Änderungen

#### **Abstimmungsergebnis mit den gemachten Änderungen:**

Einstimmig beschlossen.

#### ***Diskussion & Beschlussfassung zu Satzungsänderungsanträgen an den Landesparteitages (DS 4 – 315 bis 325 / DS 4 – 326 / DS 4 – 327)***

#### Bericht der Satzungskommission (DS 4 – 325):

- es wurden ursprünglich 10 Personen in die Satzungskommission gewählt; die Arbeit wurde mit der Zeit immer schwieriger, weil nur Wenige zu den Treffen kamen
- es hat eine Zwischenkonferenz stattgefunden; bei der waren nur eine Handvoll Menschen dabei

#### Vorschläge der Satzungskommission:

- DS 4 – 315: einvernehmlich übernommen

- DS 4 – 316: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 317: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 318: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 319: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 320: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 321: es wird empfohlen, dies in die Vereinbarung mit den KandidatInnen aufzunehmen
- DS 4 – 322: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 323: es wird nichts empfohlen
- DS 4 – 324: einvernehmlich übernommen
- DS 4 – 325: begrenzte Debatte auf dem Landesparteitag; die Erneuerungsquote soll sich auf die Anzahl der Mandate der letzten Wahlperiode beziehen; keiner der Vorgeschlagenen sollte 2 oder mehr Legislaturen im jeweiligen Parlament sein; dann sollten es allerdings 3 Legislaturen sein; wir sollten das vorab rechtlich prüfen lassen; alternative Abstimmungen von 75 % oder 80 %, 2 oder 3 Legislaturen

#### **Abstimmungsergebnisse zur DS 4 - 325:**

- Alternative 75 % oder 80 %: einvernehmlich übernommen
- 2 oder 3 Legislaturen: 2er 5/3er 7/1
- volle Legislaturen: einvernehmlich übernommen
- DIE LINKE. Sachsen: einvernehmlich übernommen
- neuer Absatz „§ 42 Absatz 7 tritt ab 1. Oktober 2017 in Kraft“: Vorschlag zu einem neuen Absatz 9, der separat abgestimmt werden muss; sollte am Ende in die Übergangsbestimmungen mit aufgenommen werden
- Absatz 8: 10/0/1

#### **DS 4 – 327:**

- es gibt viele verschiedene Gremien und Beratungen
- zu unterscheiden ist zwischen satzungstechnisch erforderlichen und zusätzlich real notwendigen Beratungen
- wir sollten uns mit der Rolle der Beratungen auseinandersetzen
- Probleme bei den aktuellen Beratungen:
  - die Partei schrumpft; der Apparat an Gremien bleibt gleich
  - viele Gremien erfüllen nicht das Kriterium der Frauen-Quotierung (z.B. Kreisvorsitzende, Fraktionsvorstand und de facto Landesrat)
- Ziele:
  - weniger Sitzungen
  - geringere Kosten
  - klarere Aufgaben und Abstimmungsregelungen für die Gremien
  - Nicht-Quotierung aufheben
  - Kontroll-Organ für den LaVo soll beibehalten werden
- dem LaRa ist seine Funktion (Vertretung der Kreisverbände) nicht mehr richtig präsent
- Vorschlag von Dieter Gaitzsch:
  - Landesrat + Landesgremium (inkl. VertreterInnen aus den Kreisen)
- Alternativ-Modell 2 (kleine Änderung) Aufbau:
  - Landesvorstand (gewählt von Landesparteitag)
  - Landesrat (30 VertreterInnen der Kreisparteitage, 2 VertreterInnen der SeniorInnen, 2 VertreterInnen des Jugendverbandes, 14 VertreterInnen aus allen Zusammenschlüssen gewählt; alles quotiert)
  - Landesausschuss (Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzende, 6 VertreterInnen LTF)
- Alternativ-Modell 2 (kleine Änderung) Änderungen:
  - der neue Landesausschuss ist zwar (ggf) nicht vollständig quotiert, aber die Quotierung ist wesentlich besser als bei status quo
  - Fraktionsgröße ist quotiert
  - etwas klarere Aufgaben
  - saubere Satzung
  - erhebliche finanzielle Ausgaben (noch nicht definiert; z.B. 10 % des Landesverbands-Etats)

- Alternativ-Modell 1 (große Änderung) Aufbau:
  - Landesvorstand (gewählt von Landesparteitag)
  - Landesausschuss (Landesvorstand, 30 VertreterInnen der Kreise, 2 VertreterInnen der SeniorInnen, 2 VertreterInnen des Jugendverbandes, 14 VertreterInnen aus allen Zusammenschlüssen gewählt; alles quotiert)
- Alternativ-Modell 1 (große Änderung) Änderungen:
  - Landesausschuss trifft sich 4-5 mal im Jahr
  - das Gremium Landesrat fällt weg
  - die Kreisverbände können ihre VertreterInnen entweder auf Kreisparteitagen wählen oder den Kreisvorsitzenden automatisch ein Mandat geben
  - Kreisvorsitzende und Fraktionsverband würden (mit Anzahl der Treffen) mehr eingebunden werden

aus der Diskussion:

- Warum müssen wir immer 30 KreisvertreterInnen schicken?
  - Überföderalisierung ist nicht vorteilhaft
  - pragmatische Gründe
- Modell mit den kleinen Änderungen hat zwar Verbesserungen, ist aber nicht sehr gut; favorisiert wird Modell mit größeren Änderungen
- 2007 ist der Vorschlag des Landesausschuss durchgefallen; es ist schwierig, dieses Thema zu diskutieren
- der neue Landesausschuss soll ein Gremium werden, welches wichtige Entscheidungen für den Landesverband trifft
- aktuelles Problem des Landesrates ist u.a. die stark fluktuierende TeilnehmerInnenzahl (Entschuldigungen sind extrem hoch)
- Landesrat hat derzeit die Aufgabe, Kontroll- und Initiativorgan zu sein
  - Kontrollfunktion: eingeschränkt funktionsfähig
  - Initiativfunktion: findet kaum statt
  - diese Aufgaben (im Interesse der Kreise) sollen mit dem neuen Landesausschuss besser erfüllt werden; favorisiert wird Modell mit größeren Änderungen
- Modell mit größeren Änderungen hat zeitlichen und kostentechnischen Vorteil, bei besserer Erfüllung der Kontrollaufgaben
- mit dem neuen Landesausschuss gibt es keinen Verlust an innerparteilicher Demokratie
- gute Erfahrungen mit dem Ausschussprinzip (auf Bundesebene) gemacht; Falk Neubert sollte (als aktuelles, sächsisches Mitglied im Bundesausschuss) berichten
- der Kostenfaktor sollte nicht primärer Fokus sein, sollte jedoch mit genannt werden
- Debatte muss geführt werden, da die Problemlage akut ist
- es gibt auch gute Gegenargumente:
  - Kontrollfunktion nicht vollumfänglich, da Landesvorstand Teil des Landesausschusses (Widerspruch: Abhilfe wäre ein Vetorecht mit einfacher Mehrheit)
  - Struktur- oder temporäres Problem? Nur weil der aktuelle Landesrat seine Aufgaben momentan nicht richtig erfüllt, heißt das auch zukünftige Landesräte nicht machen würden (Widerspruch: eher strukturelle Probleme -> Gremiumsgröße, mangelnde Rückkopplung mit den Kreisvorständen)
  - „noch eine Beratung bei den Zusammenschlüssen“ (Widerspruch: jährlich findet eine solche Beratung schon statt, ist also kein neuer Termin notwendig)
- Gremium Landesrat sollte nicht kleingeredet werden, auch wenn seine Ursprungsaufgaben nicht optimal ausgeführt werden; im letzten halben Jahr gibt es positive Lichtblicke
- Landesrat war nach Ansicht aus dem Jahr 2007 „ein Gremium der Basis“; der Landesausschuss hätte den selben Effekt, da auch hier die Kreisebene stark vertreten ist
- Vorschlag: im neuen Landesausschuss könnten zwei SprecherInnen für die sorbische Minderheit vertreten sein
- sollte sich für ein Modell entschieden werden, sollte die genaue Ausarbeitung der Satzungsänderungen als Aufgabe für den folgenden Landesvorstand gesetzt werden
- favorisiert wird Modell mit größeren Änderungen; Thema sollte morgen mit den Kreisvorsitzenden offen diskutiert werden
- der Kostenfaktor sollte mit berücksichtigt werden:
  - werden die Parteifinzen geringer, der Gremienapparat bleibt aber gleich, steigt der Anteil an

- benötigten Ressourcen (Zeit, Geld)  
- es wäre vorteilhaft zu wissen, was eine durchschnittliche Fahrt zu einer Beratung in Sachsen kostet (unter Berücksichtigung, dass auch viele Leute nicht abrechnen)

SorblInnen-Antrag:

- Antje Feiks wird gebeten, den Brief an die GenossInnen in Görlitz weiterzuleiten, da das sorbische Gebiet auch hier reingreift

***Diskussion & Beschlussfassung zu Tagesordnung, Zeitplan, Arbeitsgremien und Geschäftsordnung des Landesparteitages (DS 4 – 305/ 306/307/308)***

DS 4 – 306:

- der Leitantrag wird erst debattiert, danach Wahlen, unterbrochen von Behandlung der Satzungsfragen
- momentan unklar, wo, wie viel Diskussionsbedarf besteht
- Zeitplan ist schiebbar, falls das erforderlich wird

aus der Diskussion:

- Einbringung des Leitantrages und Rede des Landes-/Fraktionsvorsitzenden um 10 min kürzen
  - Widerspruch: Zeit ist nicht nur für Einbringung, sondern auch für Diskussion; dennoch sollte die Einbringung nicht zu lange dauern
  - Widerspruch: kann man andenken; die Macht des Faktischen spricht dagegen, Gäste werden nicht abgeklungelt
- 28 Seiten Leitantrag; es wird ca. 100 Änderungsanträge geben; das ist unter dem aktuellen Zeitplan unrealistisch; im schlimmsten Fall den Samstag bis auf 23 Uhr ausdehnen
  - wenn 100 Änderungsanträge; bei Übernahme der Hälfte sind 50 Änderungsträge; das macht 2,5 h Debatte; mit der Mittagspause die Debatte beenden und zur reinen Abstimmung schreiten
- wenn Satzungsänderungsanträgen zwischen Wahlen, dann bitte nur die kleineren Anträge und nicht den Antrag um die Frage des Landesausschusses
- Änderungsvorschlag: „dazwischen mögliche Abstimmungen“
- Debattenzeit deutlich größer als bei Bundesparteitag bei weniger Delegierten als beim Bundesparteitag

Änderungsanträge Fabian:

- Einbringung des Leitantrages um 10 min kürzen → 4 / 8 / 2 abgelehnt
- Rede des Landes-/Fraktionsvorsitzenden um 10 min kürzen → 4 / 7 / 3 abgelehnt
- Fortsetzung der Diskussion um 1 Stunde verlängern → 2 / 4 / viele abgelehnt

Abstimmung DS 4 – 306:

- einstimmig angenommen

DS 4 – 305:

- einstimmig angenommen  
- „Berichte“ in die Tagesordnung mit aufnehmen

DS 4 – 307:

- erste Rückmeldungen auf Wunsch für Tagungspräsidium vorhanden; TagungsleiterInnen werden gesucht (selbst aber nicht für Wahlen antreten)
- viele Delegierte sagen, sie wollen nicht in Gremien mitarbeiten, da sie selbst Anträge stellen  
→ verschoben auf morgen unter Beratung mit den Kreisvorsitzenden

DS 4 – 308:

- einvernehmlich angenommen

Sonstiges:

- der Landesvorstand sollte einen schriftlichen Bericht einreichen → Fabian, Stefan, Verena, Antje übernehmen das

#### **TOP 4 – Beschlussfassung der Delegiertenschlüssel für die Bundesparteitage und die LandesseniorInnenkonferenz 2016/2017**

*(DS 4 – 309 / DS 4 – 310)*

##### DS 4 – 309:

- 74 Delegiertenmandate für die Bundesparteitage 2016/2017 müssen verteilt werden
- Bemerkungen, letzter Punkt: Handelt es sich um ein ‚Divisorenverfahren nach Adams‘ oder ‚ein Höchstzahlverfahren‘?
  - ggf. Fehler aus dem Bundesbeschluss kopiert; Satzung sollte ggf. mal geändert werden
- nach welcher Verteilung wurden die Delegiertenmandate verteilt? → klären Sabine und Tilman bilateral

##### Abstimmung DS 4 – 309:

→ einvernehmlich beschlossen

##### DS 4 – 310:

- die Verteilung der Delegiertenmandate für die LandesseniorInnenkonferenz 2016/2017 müssen verteilt werden
- einvernehmlich beschlossen

#### **TOP 5 – Diskussion zur regelmäßigen Teilnahme von Landesvorstandsmitglieder an den Sitzungen und zur Rolle und Sinn des Landesvorstandes**

##### Rico Gebhardt:

- Thema wurde schon diskutiert; u.a. wegen Heiko Rosenthal (wegen rechter Demonstrationen an Freitagen vor Ort) und Juliana Zybul (aus privaten Gründen)
- Rolle und Sinn des Landesvorstandes ist interessanter zu diskutieren
- Landesvorstand ist Führungsorgan des Landesverbandes zwischen den Landesparteitagen
- Ist der Landesvorstand ein Arbeitsgremium? Soll der Landesvorstand Spiegelbild der Partei sein (dann müsste die Mehrheit der Mitglieder wesentlich älter sein)? Soll der Landesvorstand Aushängeschild sein, um bestimmte Funktionen (z.B. Bürgermeister) aufzuwerten?

##### aus der Diskussion:

- Grundanspruch, dass Leute im Landesvorstand auch Gremienarbeit betreiben (Anträge lesen und beschließen/abzulehnen, an Beratungen [strukturell] teilnehmen, ...)
- Grundanspruch, dass Leute im Landesvorstand auch an anderen landesweiten Aufgaben mitwirken; Beschlüsse werden häufig praktisch von anderen umgesetzt
- Landesvorstand kann kein Spiegelbild der Partei sein, da das weder Wahlsystem noch die heterogene Struktur der Partei zulassen
- die konkreten Aufgaben und Arbeitsmethoden des Landesvorstandes und seiner Mitglieder sind sehr vage beschrieben
- Darf ein Landesvorstand auch auf Augenhöhe mit der Fraktion beraten / kritisieren?
- wir müssen wegkommen von der Schuldigen-Debatte; konstruktive Kritiken müssen eingefordert werden (Beispiel: „Wir müssen sozialer werden.“ Was heißt das konkret? Was soll verändert werden?)
- Mitglieder im Landesvorstand sind keine Huldigungspositionen
- es ist nicht schlimm, den Landesvorstand zu kritisieren; die Kritik sollte aber konstruktiver Natur sein (Kritik + Änderungsvorschlag)
- Partei hat ein Wahrnehmungsproblem (Bsp. BO in Leipzig schockiert Mitarbeiterzahl, da sie von Apparat aus DDR-Zeiten ausgeht); dies ist ein dauerhafter, struktureller Nachteil, den auch der Landesvorstand hat
- der Parteivorstand (mit seinen 44 Mitgliedern) hofft auch häufig auf 23 Teilnehmende, um die Beschlussfähigkeit zu bekommen; der Landesvorstand arbeitet im Vergleich sehr konstruktiv
- Debatten im Landesvorstand werden eher konstruktiv behandelt, im Parteivorstand eher eine Frage von Machtblöcken

- die inhaltliche Arbeit im Landesvorstand ist seit 1999 gegenüber der Mitgliedschaft beteiligungsorientierter geworden; das Expertenwissen des Einzelnen („Experten-Fürsten“) ist gesunken, dass der Vielen ist gestiegen
  - inhaltliche Konflikte sind im Landesverband dadurch gesunken
- die qualitative Arbeit des Landesvorstandes hat sich verbessert
- die Art der Debattenführung ist sehr gut
- Arbeit im Landesvorstand sehr gut; Teilnahme sollte aber verbessert werden, da es schon auffällt, dass einige immer (häufig weniger gut begründet) abwesend sind
- der Landesvorstand wird häufig als Prügelknabe angesehen
- es wird Vernetzung zwischen Partei und Fraktion gebeten; dann darf nicht kritisiert werden, wenn dies auch getan wird
- wichtige inhaltliche Entscheidungen werden auf Parteitag abgestimmt; Vorstände haben eher den Auftrag, organisatorische und methodische Fragen zu klären, was wir im Vergleich sehr gut machen
- es gab schon Landesvorstände mit Krisensituationen, anderer Struktur- oder Flügeleinbindung; der Landesvorstand wird immer für irgendetwas kritisiert; man wird niemals alle GenossInnen zufrieden stellen
- die Jupos-Beteiligung ist sehr gut
- es wurde viel erreicht: Kommunal-/Europawahl, Landtagswahl, 2 Mentoringprogramme, 5 neue Stellenbesetzungen im Landesvorstand, Projekte angestoßen, ...
- der kollegiale Umgang der Landesvorstandsmitglieder untereinander ist sehr gut
- Professionalisierung ist sehr gut; führt aber auch zu erschwerter Anbindung für Neulinge
- Kommunikation wird schwerer, wenn die Mitgliederzahl nach unten geht und Vorstände und Basis in Parallelwelten nebenher existieren
- ‚Dialog für Sachsen‘ war nicht sehr erfolgreich, auch die kritische Auswertung
- Landesvorstand gibt ein hohes Tempo in die Partei
- Meckern ist häufig normal; nicht gut ist, wenn derbe Bösartigkeit durch die Partei geistert
- im Landesvorstand wird niemand für Kritik zusammengefaltet
- Teilnahme ist egal, solange das Gremium arbeitsfähig ist
- stärkere Vernetzung mit der Landtagsfraktion ist nicht notwendig, da wir ja alle in einer Partei sind, jedoch ist eine Kommunikation auf Augenhöhe notwendig
  - die Fraktion hat mehr Geld, mehr MitarbeiterInnen, mehr strukturelle Vorteile
  - die Fraktion soll nicht das Gefühl haben, die Partei würde drängeln oder bevormunden
- i.d.R. entspannte Atmosphäre im Landesvorstand; in der Außenwahrnehmung wirkt der Landesvorstand häufig zerstritten, u.a. weil Halbsätze aus Beratungen und ohne Zusammenhang raustransportiert werden
- viele Aussagen und Beschlüsse, die auf Parteitag gemeinsam getätigt wurden, werden im Nachhinein häufig doch nicht akzeptiert
- mehrere Krisen in der Gesamtpartei wurden überwunden
- Arbeitsfähigkeit im Landesvorstand wird nicht hergestellt, wenn Strukturen oder Flügel wegen ihrer Existenz reingewählt werden, dann aber nicht aktiv mitarbeiten
- Dank an Rico für die Verbindung der Kommunikation zwischen Partei und Fraktion
- Vorstand hat Aufgabe, gemeinsame Anstrengungen zu koordinieren; Anstrengungen gibt es in der Partei nur, wenn Leute diese freiwillig tätigen; einen Anspruch des Vorstandes, was andere zu tun haben, gibt es i.d.R. nicht
- Debattenstruktur hat sich verbessert; ganz eindeutige Fragen können im Einvernehmen beschlossen werden, das sollte aber nicht die Regel sein
- im Landesvorstand sollte es Erfahrungswerte aus der Vergangenheit oder der Partei geben, aber auch Platz für neue Ideen und Konzepte; dafür ist es gut, dass es Debattenraum gibt
- wir sind auf Bundesparteitagen keine BeobachterInnen, sondern Akteure
- Regionalgruppen-Prinzip der Bundestagsfraktion / Landtagsabgeordneten hat einen guten Beitrag geleistet, linke Positionen in der Außenwirkung zu fördern
- die Anzahl von Debattenbeiträgen ist typ- und themenabhängig

#### **TOP 6 – gemeinsame Vorbereitung für den nächsten Beratungstag und Aufgabenverteilung**

- Leitantrag → Stefan, Antje
- Satzungsänderungsanträge → Kommission

- Zeitplan, Geschäftsordnung, Tagungsgremien → Antje
- Diskussion zu den Vorstandswahlen → Rico
- strategische Wahlkreise 2019:
  - Kriterien für strategische Wahlkreise sollten festgelegt werden
  - zu begrüßen, dass auf Kreisebene das Problem behandelt wird, muss aber auf Landesebene im Gesamtkonzept stehen (insbesondere da mehr Direktmandate in der Summe weniger Gesamtmandate bedeutet, wenn Überhangmandate wegfallen)
    - Teilwiderspruch: Absprachen zu Direktmandaten bei Mandatswahlen (z.B. für Landtag und Bundestag) führen zu geringerer Bindung zur Partei
  - über strategische Wahlkreise rechtzeitig zu reden, macht Sinn; sie aber pauschal zu beschließen, um einfach nur Ressourcen umzuverteilen (ohne zu erwartendes, besseres) Ergebnis, macht keinen Sinn
  - bei Landratswahlen haben Partei & KandidatInnen einen Vorteil; bei Mandatswahlen (z.B. für Landtag und Bundestag) haben vor allen gewählte MandatsträgerInnen einen Vorteil
  - der Punkt bzgl. der strategischen Wahlkreise ist generell zu diskutieren, unabhängig von aktuellen Anträgen von Personen oder Kreisverbänden
  - hinter einem strategischen Wahlkreis muss eine Strategie stehen
  - Leipzig wird sehr wahrscheinlich den schon gewonnen Direktwahlkreis halten wollen; auch 2009 in Plauen war die strategische Wahlkreisfrage relevant
  - in Leipzig sind die Konkurrenten eher SPD und Grüne; die zentrale Frage morgen ist eher die Frage, wie die Kriterien für strategische Wahlkreise sind
  - wenn es Absprachen zu strategischen Wahlkreisen gibt, muss geklärt werden, wie wir Ressourcen in die Gebiete stecken, in den es keine DirektkandidatInnen gibt; mit weißen Wahlkampf-Flecken schaden wir unserem Zweitstimmen-Wahlergebnis
  - es gibt keine gemeinsame Direktmandate, da es keine gemeinsamen Fraktionen gibt
  - auf Landesebene haben wir auf lange Sicht keine Probleme, KandidatInnen zu finden, was auch gegen gemeinsame DirektkandidatInnen spricht
- Diskussion „Politik für sorbische Minderheit“ → Antje
- Auswertung Landrats- und Bürgermeister-Wahlen → Rico
- Auswertung des Bundesparteitages → Antje

F.d.R.

Dresden, 03.07.2015

Antje Feiks  
Landesgeschäftsführerin